

# Laibacher Zeitung.



Nr. 264.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 16. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jebezm. 50 fr.

1867.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. November.

Die Generaldebatte im Abgeordnetenhaus in der Delegationsfrage ist zu einer sehr bewegten und eingehenden geworden, doch steht die endliche Annahme der Regierungsvorlage außer Zweifel. Ein unterrichteter Wiener Correspondent der „Triester Zeitung“ theilt interessante Details aus den über diese wichtige Angelegenheit stattgefundenen Conferenzen und Clubstizungen mit. Wesentlich fördernd und klärend erwies sich für diese hochwichtige Frage darnach auch die Conferenz, die auf Anregung des Präsidenten Dr. Giska in Anwesenheit der Minister Beust und Taaffe am Samstag stattfand und in welcher eine gründliche Prüfung des Delegationsprojectes und besonders die eingehende Controverse über den Wahlmodus den von der Regierung vorgeschlagenen Modus, als den fast allein annehmbaren erscheinen ließ. In der gestrigen Sitzung des „Clubs der Linken“, welcher gleichfalls die Delegationsfrage discutirte, soll es zu einer sehr lebhaften Conversation zwischen den Autonomisten Kaiserfeld, Reichbauer, welche entschieden die Gruppenwahl vertraten, und den mehr centralistisch gefärbten Abgeordneten Herbst und Schindler gekommen sein. Wenn es sich bestätigen sollte, daß Prof. Herbst wirklich diejenigen, die für die Regierungsvorlage stimmen würden, als „ministerielle Heißsporne“ betrachte, so könnten wir einen solchen Anspruch nur bedauern; wenn man nicht annehmen will, daß Prof. Herbst die Opposition a tout prix als parlamentarisches Axiom betrachtet, wird es wirklich schwer, die Berechtigung für diesen Ausdruck nach irgend einer Richtung hin zu finden. „Heißsporne des Ausgleiches“ wäre vielleicht die richtigere Bezeichnung für ein Bestreben gewesen, das die endliche Befestigung der Verfassungszustände in Oesterreich zum Ausgangspunkte hat. Mit der Erledigung der Delegationsfrage und der Annahme der auf den finanziellen Ausgleich bezüglichen Delegationsvorschläge dürfte die erste hochwichtige Phase der diesjährigen Reichsrathssession ihren Abschluß gefunden haben, und die Unterbrechung der Sitzungen mit dem 20. December eintreten. Von Seite des Herrenhauses sind an den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzen wohl keine wesentlichen Aenderungen zu gewärtigen. Namentlich gilt dies von den Staatsgrundgesetzen, in welcher Beziehung, neben anderem auch die bereits vom

Herrenhause bewiesene Haltung beim Gesetze über die richterliche Gewalt zc. zc. ein hoffnungreiches Symptom bietet; aber auch die confessionellen Gesetze werden, Dank dem vermittelnden Einflusse, den der Herr Reichskanzler v. Beust im Herrenhause auszuüben sich bemüht, auf keinen absoluten Widerstand in unserer Pairskammer stoßen. Von Seite des Abgeordnetenhauses wird man allerdings gut daran thun, in den confessionellen Fragen gegenüber dem Herrenhause jeglichen Uebereifer zu zügeln und von der Zeit zu gewärtigen, was im ersten Anlaufe von der ersten Kammer nicht zu erlangen ist. Ist die confessionelle Frage erst einmal im Wege der Legislative in Fluß gebracht, und dies ist die wohl zu beachtende principielle Seite der Sache, so wird das eine oder andere Gesetzesdetail, wenn es auch nicht sofort die Zustimmung der Pairskammer finden sollte, in einer vielleicht nicht sehr fernen Zukunft seine Aufnahme finden, mindestens unpolitisch aber wäre es, wollte man geringfügiger Differenzen willen das Insolebenreten so tiefgreifender principeller Gesetze in Frage stellen. Bisher liegen keine Symptome vor, welche auf eine in der Principienfrage abweichende Haltung des Herrenhauses schließen lassen möchten, und dürfte es auch bei dem energischen Bestreben des Herrn Reichskanzlers, hier zu vermitteln, zu keinen tiefgreifenden Differenzen kommen. Daß es dem Freiherrn v. Beust vollster Ernst damit ist, die Concordatsfrage in einer den Forderungen der Zeit und des Liberalismus entsprechenden Weise zu lösen, braucht gewiß nicht erst besonders betont zu werden, wohl aber muß man sich die mächtigen Hindernisse vor Augen halten, die dem Reichskanzler bei diesem seinem Streben sich in den Weg stellen und die theils beseitigt, theils unschädlich gemacht, theils umgangen werden müssen. Freiherr v. Beust wird gewiß keinen Anstand nehmen, unberechtigte Präntensionen einfach zu beseitigen, es gibt aber Elemente, deren Einfluß, wenn er schon nicht vollends gebrochen werden kann, wenigstens paralytisch werden muß; hierzu ist die verfassungsmäßige Legislative berufen. Als ein höchst bedeutsames Symptom für den ernstesten Willen, mit dem Freiherr v. Beust die Lösung der confessionellen Fragen in die Hand genommen, mag es wohl gelten, daß Freiherr v. Hübnier von seinem Posten in Rom, den er redlich als Nachfolger des Freiherrn v. Bach ausgefüllt, abberufen wurde. Man erzählt sich hier, daß der einfachte Versuch, mit der Curie Unterhandlungen in Betreff der Lösung der Concordatsfrage anzuknüpfen, schon im Vorhinein beim österreichischen

Botschafter in Rom auf Hindernisse stieß; in den hiesigen diplomatischen Kreisen spricht man aber auch davon, daß Freiherr v. Hübnier seine zufällige Anwesenheit in Ischl zur Zeit, als die famose Adresse der Bischöfe dafelbst Sr. Majestät dem Kaiser überreicht wurde, dazu redlich benützt haben soll, in einer der Politik des Herrn Reichskanzlers und der Verfassungspartei etwas sehr entgegengelegten Richtung auch hier zu wirken. Ob die Abberufung des Freiherrn v. Hübnier aus ersterem oder aus letzterem Grunde erfolgte, ist für die Sache ziemlich gleichgiltig, es werden wohl beide Momente, die mit einander doch im engsten Zusammenhange stehen, hier mitgewirkt haben.

## 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 13. November.

(Schluß.)

Abg. E. J. u. b. i. s. a gibt in serbischer Sprache folgende Erklärung ab:

„Da die staatsrechtliche Frage der Wiedervereinigung Dalmatiens mit den Ländern der ungarischen Krone noch nicht gelöst ist, so erkläre ich, daß ich mich sowohl von der Verhandlung und Abstimmung über das Delegationsgesetz, als auch von der Wahl der Mitglieder, welche dieselbe Delegation vorstellen sollen, enthalte. Schließlich erlaube mir nicht mein Gewissen für dieses Testament der Einheit und des parlamentarischen Lebens Oesterreichs zu stimmen.“

Abg. S. k. e. n. e erklärt sich trotz der glänzenden Ausführungen des Vorredners in seiner Ueberzeugung durchaus nicht erschüttert. Es ist durchaus unrichtig, denjenigen, die den centralistischen Standpunkt noch immer wahren, vorzuwerfen, sie hätten die gegenwärtige Lage verschuldet. Nicht das frühere System hat die Lage verschuldet, die Verhältnisse waren danach angethan, daß, wenn nur noch einige Zeit gewonnen worden wäre, in jedem Falle der Zusammentritt eines ungarischen Landtages erfolgt wäre, welcher den Reichsrath beschickt hätte, darum ist die Intrigue zur Stunde geplatzt, und es kam die Krisis, die uns eben um unsere Verfassung brachte. Ich bin der Ansicht, daß das, was uns zu Grunde richtete, eben die vielfachen Experimente sind. Ein solches ist auch das vorliegende Delegationsproject. Man ver-

## Feuilleton.

### Ein Laibacher Roman.

I.

Wie? Ein Laibacher Roman? Sollte der Feuilletonist so indiscret sein, Ihre zarten Geheimnisse auszulauern, schöne Leserin? Sollte er den plötzlichen Einfall haben, Enthüllungen zu bringen aus der Laibacher Gesellschaft, die so viel Schönheit und Liebreiz, so viel elegante Liebhaber und jugendliche Liebhaberinnen, so viel Stoff zu kleinen Herzensromanen . . . . . Gemach, meine Gnädige, ich will Ihnen für jetzt nicht von dem neuen Laibach erzählen. Es ist eine alte Geschichte, über die längst Gras gewachsen, schönes dichtes Gras auf einem einsamen Militärfriedhofe vor der Porta Verzellina in Mailand. Dort ruht „Corporal Hilscher“, dessen „Dichterleben“ E. M. Sauer in einem bei Fr. W. Grunow in Leipzig erschienenen, 244 Seiten starken Bande im Gewande eines Romans schildert. Ja, ist denn nicht das ganze Menschenleben ein Roman? „Greift nur hinein in's volle Menschenleben, und wo ihr's packt, da ist's interessant.“ Das mochte sich wohl auch der Pseudonym Sauer gedacht haben, als er es unternahm, ein halbvergessenes Dichterleben zum Gegenstande einer Romanlectüre zu machen. Und wir müssen gestehen, daß er es nicht ohne Geschick gethan. Der Mann schreibt einen gebildeten Stil, er verräth einige Kenntniß seines Terrains, und wir möchten ihn nach einigen Symptomen, nach der Kenntniß des Casernenlebens, seines Denkens und Fühlens fast für einen Standgenossen seines Helden halten. Er widmet diese Blätter, die das Andenken an einen „Märtyrer der Poesie“ wieder aufzufrischen sollen, dem Manne, der den verkümmerten Sänger eingeführt in die deutsche Literatur, dem Dichter Ludwig Aug. Frankl. Wir widmen diese

Besprechung des Buches den Schönen Laibachs, deren Eine dem Dichter gefährlich geworden — vor 40 Jahren, und glauben, daß sie immerhin ein Ständchen Samstagruhe übrig haben werden für eine „Geschichte, die ewig alt und ewig neu.“

Der Schauplatz des ersten Capitels ist ein weitläufiges, düster aussehendes Gebäude in einer der auf die Sternallee, dem Brennpunkt unseres öffentlichen Lebens, ausmündenden Straßen. Der Verfasser beschreibt uns das Haus, dessen Inneres jedoch wohl kaum für unsere Leser besonderes Interesse haben dürfte. Es ist lange geschlossen, melancholisch rauscht das Laubdach einer alten Linde über die hohe Mauer des „ävarischen Gebäudes.“ Im Jahre 1827, dem Anfangspunkte unserer Erzählung, war es das „Erziehungshaus“ des krainischen Regiments. Mancher erinnert sich wohl noch der kleinen schwarzbereckten Insassen, die später nach Straß (bei Marburg) wanderten. Hier stellt uns der Autor eine interessante Persönlichkeit vor. Es ist Corporal Dahl vom Regiment Neuf-Blauen, dessen sich wohl vielleicht noch manche Laibacher erinnern. Niemand kannte die Herkunft dieses räthselhaften Mannes. Welche Schicksale den feingebildeten Mann in den österreichischen Corporalsrock verschlagen, niemand wußte es. Sein tragisches Ende, er erschöpfte sich, weil er wegen eines Insubordinationsvergehens degradirt werden sollte — erregte Sensation.

Doch greifen wir der Erzählung nicht vor. Corporal Dahl erhält den Besuch eines Cameraden, während er H. e. i. n. e liest, diesen „Götterkerl.“ Der neue Ankömmling wird „Schiller“ titulirt, es ist Corporal Hilscher, und der dritte im Bunde ganz natürlich — G. ö. t. h. e., ein junger Officier, dem Dahl einen so classischen Namen gegeben, weil man damals noch keinen „Ritter vom Geist“ genannt. Denn das sind doch unsere drei Freunde, die sich in dem alten „ävarischen“ Gebäude zusammengefunden, um literarische „Allotria“ zu treiben. Hilscher hat ein Drama geschrieben und bringt es den Freunden. Das Stück ist nicht Contrebande, sondern

mit voller Regimentsbewilligung geschrieben für ein Soldatentheater. Eine Actrice des Theaters lernen wir gleich kennen. Eben tritt die blonde Marianka aus der nahen Soldatencantine herein und kredenzt unserem Trio himmlischen Nectar in irdischer Schale. Marianka, ein Soldatenkind, ist nicht nur Hebe, sondern auch Liebhaberin. Sie wird dem „Theatercomité“ beigezogen, denn so dürfen wir wohl ohne Mißverständnis das Trio benennen. Die trauliche Scene wird sehr unsanft von Marianka's Mutter gestört, die als Deus ex machina hereinstürzt, um ihre Tochter auszuschnähen, daß sie Wein auf Borg gegeben und daß ihr das närrische Comödienpielen den Kopf verrückt habe. Corporal Dahl schüchtert die alte böse Sieben ein und rettet das holde Kind mit auffallender Sympathie vor dem mütterlichen Born, der von Rendezvous und Theatercomitéstizungen nichts wissen will. Die drei Freunde gehen ins Café, um den Dramatiker Hilscher zu fettern.

Das zweite Capitel beginnt mit den langen Abenden des Spätherbstes, wo man in den höheren Schichten der Gesellschaft zu klagen pflegt, man wisse mit der Zeit nichts anzufangen, und in Ermanglung rauschender Vergnügungen zu den Karten oder zu irgend einem Roman greift. In der Caserne ist man glücklicher. Es werden große Vorbereitungen zur Aufführung von Hilscher's Drama: „Kaiser Albrechts Hund“ getroffen. Die Regimentswaschküche hat sich in einen Musentempel verwandelt, in welchem „Kaiser Albrechts Hund“ zum Namensfest des Obersten, von Soldaten gespielt, in Scene gehen soll. Hilscher hat die Rolle des Kaisers, Lieutenant Victor, den wir „Göthe“ rufen gehört, den Erzherzog, Marianka die Erzherzogin übernommen. Das Stück macht vor einem glänzenden Auditorium, General Graf W.—r mit seinem ganzen Stabe, Glück. Dichter und Darsteller werden gerufen, und nachdem der Vorhang gefallen, beglückwünscht General Graf W.—r den Dichter und ertheilt ihm unbeschränkten Urlaub, um ein Stück zu der alljährlich für den Invalidenfond stattfin-

sucht jetzt nach Bismarck'schem Recept den Schwerpunkt in einen Theil des Reiches zu verlegen, wo er naturgemäß nicht sein kann. Ich für meine Person glaube, daß dieses Experiment ebenfalls scheitern wird und das wir doch zuletzt von dieser künstlichen Zusammensetzung des kranken Staates entweder werden ganz abgehen müssen, oder daß dabei der Staat zerfallen muß.

Die politische Impotenz, die man uns vorwirft, kann uns nicht treffen und dieser Vorwurf wäre an eine andere Adresse zu richten. Jene Abgeordneten, welche eben gegen die Transaction stimmen, insofern sie nicht den Interessen der diesseitigen Länder entspricht, diese sind es nicht, welche man anklagen kann, daß sie nichts schaffen. Sie sind eben in verschwindend kleiner Minorität. Was hat aber die Majorität geschaffen? Hat sie in irgend einer ernstlichen Frage das Princip rein zur Geltung gebracht? Nicht in einer, — weder in freirechtlichen, noch in politischen Dingen.

Ich glaube, der Pilot ist dann nöthig, wenn das Schiff in der Brandung ist; was haben aber die Piloten jener Partei gethan? Sie sitzen auf dem festen Boden der Immunität, sie haben Klage geführt, zuletzt aber doch für alles gestimmt, sie sind weder Centralisten, noch Dualisten, ich glaube, sie sind etwas ganz anderes.

Abg. Dr. Berger: Nun, was denn? (Große Heiterkeit.)

Abg. Skene (fortfahrend): Dr. Berger ist sehr neugierig zu wissen, was diese Partei eigentlich ist; ich werde es ihm dann sagen, wenn es mir passend scheint. (Heiterkeit.) Was hat diese Partei dem Lande bisher geboten? In der Frage des materiellen Ausgleiches gehen ihre Anträge dahin, daß die hier vertretenen Länder unnatürlich zu Gunsten Ungarns belastet werden, das unbedeckte Deficit einzig und allein auf diese Länder geschoben wird, um endlich diesen Ländern die Schmach eines Staatsbankrottes in die nächste Perspective zu führen. In der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten hat sie uns die Unterordnung der diesseitigen Länder unter Ungarn, das Aufgeben des Budgetrechtes und endlich den ruhigen Absolutismus, dem man die Delegationsmaschine beigibt, gebracht. Das sind die Früchte, welche die dualistische Majorität dem Lande bietet. Ich bin überzeugt, das Land wird sie zurückweisen.

Sie sagen, meine Herren, Sie sind Dualisten. Wenn Sie wirklich Dualisten sind, so vertreten Sie die Rechte und Interessen der diesseitigen Hälfte; aber bisher, scheint es mir, kann man eben nicht sagen, daß das mit bedeutendem Erfolge geschehen ist. Ist der Dualismus zulässig — eine Staatsform, die ich für meine Person nicht begreife, — so kann sich nur darin eine Gemeinsamkeit zwischen den beiden Ländern bieten, insofern eben alle Bedingungen erfüllt sind, die die Rechte und Interessen der beiderseitigen Länder wahren. Vertreten Sie diesen Standpunkt, dann haben Sie das Recht, Dualisten zu heißen, dann glaube ich, kann man Sie auch sogar für ernste Politiker halten. . . .

Präsident: Ich muß den Herrn Redner bitten, im Auge zu behalten, daß man derlei Aeußerungen in dem Hause nicht gewohnt ist, und man sich schwer gewöhnen würde, einer ganzen Partei sagen zu hören, sie seien keine ernsten Politiker, weil sie eine andere Auffassung der Sachlage haben.

denden Benefizvorstellung zu schreiben. Das Verhältniß Hilschers zu Dahl, dessen Umgang er die Anregung zum Dichten, die Kenntniß der deutschen, italienischen, englischen und französischen Literatur verdankte, wird uns nun in dem folgenden Capitel „Poetenleben“ geschildert. Es sind hübsche Stellen in diesem Capitel, die von Verständniß des menschlichen Herzens zeigen. Hilscher liest sein Werk in einigen Sitzungen des selbst geschaffenen Theatercomitès und bringt es mit Zagen und Bangen dem General, seinem gütigen Gönner. Wo wir das, „im italienischen Style gebaute Haus am Ende der langen Hauptstraße des Städtchens“ zu suchen haben, wissen wir nicht. Aber das thut nichts. Dieses Haus ist der Markstein zu dem Lebensdrama Hilschers. Während Hilscher in einer „Veranda“ auf Audienz harret, öffnet sich die Thür und es erscheint Fr. C. mit ihrem Vater, eine Laibacher Schönheit. Ahtzehn Jahre, reiches dunkles Haar, fein geschnittenes, etwas blaßes Gesichtchen mit schwarzen Augen. Dies das Signalement. Ein Blick in diese schwarzen Augen macht unseren Helden Alles vergessen, was ihn umgibt, alles bis auf seine eigene niedere dunkle Existenz. Angelique heißt die Holde und ihr Vater, der alte C., hat „viel Moneten,“ belehrt des Generals Adjutant unsern Dichter. Braucht es denn mehr als einen Moment, einen Blick in schöne dunkle Augen, um sie nie wieder zu vergessen, um auf ewig ein Ideal im Herzen zu tragen? Seit Messer Dante's Beatrice, Petrarca's Laura und Byron's Mary bedarf dies keines mathematischen Beweises. Der Angelpunkt ist gefunden, um den sich hinfort ein Menschenleben bewegt, und Hilscher schreibt in dem seligen Rausche der ersten Liebe sein erstes Gedicht an den Geist der Liebe. \*) Hiemit endet das dritte Capitel und der uns zugemessene Raum im feuilletonistischen Plauderfrüßchen für heute.

\* Hilschers Dichtungen, Pest 1840, S. 70 (Reitmeritz 1863 S. 7).

Abg. Skene: Es liegt darin keine Beleidigung, wenn ich sage, daß man ein ernster oder nicht ernster Politiker sei. . . .

Präsident: Ich glaube, der Ernst der Aufgabe durchdringt alle Mitglieder des Hauses, und ich kann es nicht angehen lassen, daß einem Mitgliede oder einer ganzen Partei gesagt werde, daß sie nicht mit Ernst ihre Aufgabe erfüllen. (Beifall links.)

Abgeordneter Skene: Die Emphase hat immer etwas gutes, es klingt gut. Ich füge mich dem Herrn Präsidenten, meine Ueberzeugung wird dies nicht ändern und ich glaube, auch die vieler anderen nicht.

Präsident: Das habe ich auch nicht bezweckt, sondern ich habe nur bezweckt, die Ordnung im Hause zu erhalten. . . .

Abgeordneter Skene: Ich habe nur noch zu sagen: Ich glaube nicht, daß eine Partei den Namen einer dualistischen Partei verdient, wenn sie nicht alle Consequenzen des von ihr adoptirten Systems vertritt. Wie jetzt die Partei sich stellt, muß ich gestehen, daß ich in ihr nur das Anhängsel eines Staatsmannes erblicke (großer Widerspruch), der, wie ich glaube, ein unmögliches System vertritt. Sonst vermag ich nichts in dieser Partei zu entdecken. (Große Bewegung links und Unruhe.)

Ich glaube nicht, daß darin eine Kränkung liegt, wenn ich einer Partei nachsage, sie stütze das Ministerium, ich halte es für eine Nothwendigkeit, daß das Ministerium eine Partei besitzt, und so viel ich weiß, bemüht sich dasselbe redlich, sich dieses Mittel zu sichern. (Große Unruhe). — Schließlich bekämpft noch Redner die gegen seinen Vertagungsantrag vorgebrachten Gründe und empfiehlt seinen Antrag zur Annahme.

Abgeordneter Dr. v. Kaiserfeld geht auf die Verfassungsgeschichte Oesterreichs seit dem Jahre 1859 zurück.

Wenn man damals glaubte, Oesterreich sei nur durch eine Verfassung zu retten, so waren damals zwei Wege gegeben — entweder mußte man ohne Rücksicht auf historische Rechte und Verhältnisse das Reich als ein gegebenes Ganzes auffassen, und mußte durch Volkswahlen ein Volksparlament schaffen und von dieser Einrichtung und der Entwicklung der constitutionellen Freiheit in Oesterreich hoffen und erwarten, ob sie mächtig genug wäre, alle historischen Erinnerungen, alle nationalen Feindseligkeiten, alle Erinnerungen an einstige Selbstständigkeit zu besiegen. Hatte man aber diese Hoffnung nicht — und ich glaube, man hatte sie mit Recht nicht — und glaubte man, man müsse auf die historisch-politischen Individualitäten zurückgreifen, um auf ihnen eine Verfassung zu gründen, dann, glaube ich, mußte man der gewiß durch die Geschichte begründeten Individualität Ungarns gerecht werden; man mußte den Dualismus acceptiren; man konnte nicht eine Verfassung geben für das ganze Reich, der sich auch Ungarn unterwerfen sollte.

Man wählte diesen zweiten Weg in vollkommen verkehrter Weise. Das Diplom wurde erlassen als unwiderstehliches Gesetz und eine Summe von Angelegenheiten als Angelegenheiten des Reiches zusammengefaßt und dieselben damit der Competenz des ungarischen Landtages entzogen. Aber man glaubte auch andererseits dem Principe der Rechtscontinuität ein Compliment machen zu müssen und nahm dieselbe mit ins Diplom. So wurde eine Frage des Rechts und der Macht mit einander verwickelt und dieser Gegensatz von Recht und Macht, von Detrohirung und Annahme mußte auch ins Februarpatent übergehen, weil er im Diplom war und von demselben niemand zurückkommen konnte. Welche Wirkungen diese Verquickung solcher Gegensätze in unserer Verfassung hatte, wie sie die Regierung dahin brachte, daß sie alle Kräfte aufwenden mußte, um in einem unfruchtbareren Streite siegreich zu bleiben, wie die Regierung damit zur Unproductivität verurtheilt war, wie wir im Marasmus eines Scheinconstitutionalismus in Schwanken zwischen Schein und Wahrheit schwebten, es ist Ihnen allen erinnerlich. Damals erklärte ich: so könne es nicht mehr fortgehen; ich erklärte, der Grund aller Uebel liege im Streite mit Ungarn, und ich erinnere mich wohl, ich erklärte das unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses. Allerdings betonte ich, daß, wenn man diesen Weg betreten wolle, man ihn betreten müsse auf dem Wege der Februarverfassung, und daß man daher auch das Recht Ungarns formell anerkennen müsse, daß man Unterhandlungen mit Ungarn zu führen habe.

Ob diese Meinung die richtige war, oder die derjenigen, welche da glaubten, zuwarten zu können, glaubten, es sei mit kleinen Mitteln der Verfälschung der Wahrheit auszukommen — Eines war doch gewiß, die Bedingung, wenn man zum Ziele kommen wollte, daß zum Conflict nicht noch andere Conflict kommen durften. Dann durfte man nicht die Verfassung sistiren, durfte nicht Anarchie heraufbeschwören, durfte nicht mit der Verfassung den Schild wegwerfen, der das Reich gegen zu weit gehende Forderungen gedeckt hätte, durfte nicht den Besitz aufgeben, der auch in internationalen Verhältnissen eine Rolle spielt und den zu wahren einfache Regel der Klugheit gewesen wäre. Dann durfte man nicht eine Politik treiben, die dahin führte, daß wir in einen Doppelkrieg verwickelt wurden, dann durfte man nicht einen Doppelkrieg führen und damit die Macht-

stellung des Reiches gefährden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Aber, meine Herren, das haben wir nicht veranlaßt. Diese Ereignisse forderten unerbittlich den Frieden mit Ungarn, dieser Friede war das allgemeine Lösungswort in Oesterreich nach dem Frieden von Prag. Dahin war es aber gekommen, daß der Friede mit Ungarn, wenn er geschlossen werden sollte, nur geschlossen werden konnte vom Monarchen mit den Vertretern Ungarns. Ob man dabei ein Mehreres zu retten, ob man dabei Rücksichten zu tragen im Stande war, die man zu tragen unterließ, ob dabei Vieles hätte vermieden werden können, welches wir heute schmerzlich empfinden, ob die, welche damals die Krone berietben, von aller Verantwortung in dieser Beziehung frei sind — ich habe es nicht zu entscheiden. Aber so war die Lage, und nach ihr, da wir sie nicht ändern können, zu handeln, ist gewiß ein staatsmännisches Beginnen, während das entgegengesetzte Beginnen so viel heißt als blind mit dem Kopfe an eine Wand rennen.

So war Ungarn sowohl in Bezug auf seine Stellung zum Reiche, als auch in Bezug auf die Betheiligung an einer mit uns gemeinsam geduldeten und erduldeten Vergangenheit allein in der Lage, die Bedingung zu stellen, und es hat sie gestellt. Es stellte sie auf der Basis seiner vollständigen Unabhängigkeit, und diese Bedingung wurde acceptirt, mußte acceptirt werden, sie wurde niedergelegt in dem von Sr. Majestät sanctionirten 12. Gesetzesartikel des ungarischen Landtages, und sie wurde vom Monarchen im feierlichen Krönungsseide besiegelt.

Das sind die vollbrachten Thatsachen, die uns unwiderstehlich in den Kreis ihrer Consequenzen ziehen, das ist die Lage, in der wir dem Ausgleich gegenüberstehen, das ist die Lage, in der wir uns gegenüber dem Delegationsgesetze befinden, das den ersten Theil des ungarischen Ausgleiches bildet.

Redner erklärt in eine Kritik des Delegationsgesetzes nicht eingehen zu wollen, er wolle nur nachweisen, daß, wie das Gesetz ist, wir es annehmen müssen und auch annehmen können.

Der Dualismus sei historisch und durch die Verfassung berechtigt. Das Princip der Delegationen wahre die bleibende Verbindung. Eine Amendirung käme einer Verwerfung gleich.

Die Annahme dieses Gesetzes sei aber auch die Bedingung, unter der allein die Verträge mit Ungarn über die materiellen Interessen geschlossen werden können.

An die Stelle dieses Gesetzes könne man nur die Personalunion oder die Gewalt setzen. Erstere sei unmöglich, letztere würde zum Zerfalle des Reiches führen. Es liege keine Demüthigung in der Annahme des Ausgleiches.

Mit dem Ausgleich sei aber auch ein Standpunkt gewonnen, von dem aus wir an unsere Organisation denken können. Während wir früher alle Kräfte verschwenden mußten, um einen Widerstand zu brechen, der überall erschien, aber nirgends zu fassen war, können wir jetzt unsere Kräfte der Heilung der Schäden zuwenden, an denen Oesterreich seit 20 Jahren leidet, wir können einen Weg betreten, den uns früher jener Widerstand verrammelt hat.

Durch den staatsrechtlichen Frieden mit Ungarn hat aber auch Oesterreich in seinen internationalen Beziehungen die Fähigkeit, sich den gegebenen europäischen Verhältnissen anzupassen.

Denn die bisherige Staatseinheit hat vom Augenblicke der Freiheit die größten Gegner, die größte Quelle ihrer Ohnmacht in sich getragen. Nun wird man aber Oesterreich wieder mit Vergnügen entgegenkommen und in ihm einen werthvollen Verbündeten erblicken. Oesterreich wird wieder die Sympathien der Völker Europas haben und in diesen Sympathien wird ein größeres Bollwerk liegen für die Integrität der Monarchie, als sie jemals unsere kostspielige militärische Machtentfaltung zu gewähren im Stande war. (Beifall.)

Daher, meine Herren! kümmeren Sie sich nicht um die Klagen, die ertönen, um Wünsche, die nicht erreicht werden können.

Stimmen Sie dem Gesetze bei, und Sie werden patriotisch gehandelt haben. Möge man sich doch nicht über die öffentliche Meinung täuschen, die Völker wissen, wo sie der Schuh drückt, sie wissen, daß die Quelle unserer mißlichen Lage im Streite mit Ungarn liegt, und sie rufen uns daher zu: Gebt uns den Frieden, gebt uns den Boden, auf dem wir uns aus unserer Elende herausreißen können. Gebt uns den Frieden, nicht aber bevor ihr auch den letzten Punkt auf das letzte „3“ gesetzt, sondern gebt ihn uns so bald als möglich, um uns vom unvermeidlichen Untergange zu retten; zu Ende geht unser Glaube, unsere Geduld. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Abg. Ritter v. Szabel (zur factischen Berichtigung) constatirt, daß er nicht von der Personalunion oder von der Anwendung der Gewalt gesprochen habe.

Abg. Dr. Rehbauer wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Skene und Szabel. Er sei vom Abg. Szabel der unbesleckte Bekenner der Rechtscontinuität genannt worden. Er rechne sich dies zum Lobe an und könne nur bedauern, daß jene Seite, von der der Vorwurf ausgegangen, das Recht nicht anerkannt habe. (Rufe links: Sehr gut!)

Wenn man uns als Anhänger des Ministeriums hinstellt, so muß ich darauf hinweisen, daß ich die Grundsätze, die ich heute vertrete, auch damals vertrat, wo ein anderes Ministerium auf dieser Bank saß. Wenn nun diese Grundsätze heute zur Anerkennung gekommen sind, so sind doch wohl nicht wir die Anhängel der Staatsmänner, die sich zu demselben bekennen, sondern jene haben diese Grundsätze angenommen.

Auf eines will ich noch aufmerksam machen, nämlich auf den besondern Muth, welchen jene Herren in Anspruch nehmen. Hätten jene Herren die Hoffnung, mit ihren Anschauungen durchzudringen, dann würden sie diesen Muth gewiß nicht haben. (Heiterkeit.) Weil sie aber wissen, daß die Freiheit begründet ist, so ist keine Gefahr. (Vermehrte Heiterkeit.) Wir wissen ganz wohl, daß wir mit dem Delegationsgesetze große Lasten auf uns nehmen, allein wir wählen eben das kleine Uebel und werden dafür sorgen, daß das Uebel für uns sich zum Besseren wende. Erringen wir uns die constitutionelle Freiheit und wir werden gewiß einer freundlichen Zukunft entgegengehen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Capenna verwahrt sich dagegen, daß die vom Abg. Ljubisa ausgesprochene Ansicht die des dalmatischen Landtages und der Bevölkerung Dalmatiens sei.

Redner gibt eine historische Skizzirung des Verhältnisses Dalmatiens zu Croatien und Ungarn und liefert an der Hand derselben den Nachweis, daß Croatien eben so wenig wie Ungarn irgend ein Recht auf Dalmatien aufzuweisen habe. Redner betont weiter die große Verschiedenheit der Anschauungen, Sitten und Gewohnheiten zwischen der Bevölkerung Dalmatiens und Croatens. Auch die Vorgänge in Fiume könnten das Verlangen Dalmatiens, in Croatien aufzugehen, nicht besonders steigern. Auch das, was sich jetzt in Dalmatien, wo um die Landesregierung eine Art croatischer Atmosphäre weht, zutrage, sei ganz danach angethan, einen guten Vorgesmack von dem gewinnen zu lassen, was Dalmatien bevorstünde, wenn es ganz unter croatisches Regiment kommen sollte.

Redner begrüßt das vorliegende Gesetz, welches Dalmatien die Vertretung in der Delegation sichere, mit Freuden und schließt unter dem Beifalle des Hauses.

Abg. Freiherr v. Petrus stellt den Antrag auf Schluß der Generaldebatte. (Rufe: Nein! Nein!)

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Dr. Berger stellt den Antrag auf Schluß der Sitzung. (Wird angenommen.)

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Nächste Sitzung morgen (Donnerstag) 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung über das Delegationsgesetz.

## 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 14. November.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe.

Präsident Dr. Giska eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter eine Petition um Aufhebung des Concordates und eine Zustimmungsadresse der Gemeinde Schrems an das Abgeordnetenhause zu dessen Haltung in der Concordatsfrage).

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Auf derselben steht die Fortsetzung der Generaldebatte über das Delegationsgesetz.

Es sind noch eingeschrieben: für Dr. Herbst, gegen Greuter, Dr. Hanisch.

Präsident fragt die beiden letzteren Herren, ob sie sich über die Wahl eines Generalredners geeinigt haben.

Dr. Hanisch: Es war dies selbstverständlich nicht möglich.

Abg. Greuter: Ich theile vollkommen diese Ansicht.

Präsident: Ich ersuche das Haus, ähnlich einem früheren Vorgange, zu gestatten, daß beiden Herren Rednern das Wort gegeben werde. (Ja! ja!)

Dr. Hanisch ergreift das Wort um zuerst gegen die Ausführungen des Dr. Berger zu polemisieren. Die Rede dieses Abgeordneten nennt er eine Meister- oder besser eine Ministerrede. (Who!)

Präsident: Es hat gestern keiner der Herren Minister gesprochen.

Dr. Hanisch (fortfahrend): Es kam mir so vor. Wenn wir mit dem Gesetze, das uns vorliegt, in den böhmischen Landtag zurückkommen, so werden wir von jener Partei, welche uns am meisten anfeindete, mit offenen Armen empfangen werden. Die Vorwürfe, welche den Centralisten entgegengeschleudert wurden, zurückweisend, greift Redner die Partei an, welche das Russen's Programm aufstellte, das jetzt zerrissen vor ihren Füßen liege. Man beschuldigte die Centralisten, daß sie die Schuld an allen Calamitäten trügen, nein, Sie, meine Herren, die Sie die Rechte der Ungarn hier so vertreten haben, Sie boten den Angelpunkt, von welchem aus Graf Belcredi die Verfassung gestürzt hat. Auf die Rechtscontinuität Ungarns übergehend bemerkt Redner, die Debrecziner Beschlüsse seien in ganz Ungarn angenommen worden

den und hätten die Rechtscontinuität selbst zerstört. Was thue ein starker Staat in solcher Lage? Sehen Sie auf Nordamerika, wo die Secessionisten so lange mit Gewalt niedergehalten werden, bis sie sich fügen.

Durch die Delegationen werde der Credit und die Steuerfähigkeit zerstört und der „splitternacte“ Absolutismus eingeführt werden. Wer ist freisinniger? ruft Redner, wir, die wir ein freies starkes Oesterreich wollen, oder Sie, die durch das Russen's Programm den Absolutismus einschmuggeln und damit den Kaiser beglücken wollen? Er werde gegen die Vorlage stimmen, weil sie den Absolutismus und die Barbarei instituire. Er würde es vorziehen, daß die Entscheidung der gemeinsamen Angelegenheiten den beiderseitigen Parlamenten von Fall zu Fall vorbehalten bliebe; dadurch würde man sich wenigstens nicht schädigen.

(Se. Excellenz Justizminister v. Hye erscheint auf der Ministerbank.)

Heute müsse man mit den Deutschen rechnen, vor Königgrätz war dies freilich nicht nöthig. Redner schließt unter großer Unruhe des Hauses.

Abg. Greuter: Er hatte keine Veranlassung, sich in der Generaldebatte zum Worte zu melden, da Loman und Giovanelli seine Ansicht ausgesprochen und da zu seiner großen Verwunderung und Befriedigung auch von der andern Seite Ansichten ausgesprochen wurden, welche mit seinen föderalistischen Ansichten vollkommen übereinstimmen. Noch sei Eines nöthig, daß aus den Principien auch die Consequenzen gezogen und nicht auf halbem Wege stehen geblieben werde. Sich gegen Dr. Rechbauer wendend, welcher in seiner gestrigen Rede das lebendige ungarische Recht dem todten tirolischen entgegenstellte, bemerkt Redner, daß die tirolische Verfassung ganz dasselbe Schicksal hatte wie die ungarische. Er erinnere an jene Zeit, wo der ungarische Landtag ganze Jahrzehnte nicht eintreten durfte. Auch Tirol hatte seine Verfassung, allerdings wurde diese von Kaiser Joseph II. suspendirt, es geschah aber in demselben Jahre, in welchem er den ungarischen Landtag heimgeschickte. Doch 1791 traten die tirolischen Stände wieder zusammen. Mit derselben Verfassung, welche es hatte, wurde Tirol im Preßburger Frieden an Baiern übergeben und dabei Tirol die Wahrung seiner Rechte gesichert. Erzherzog Johann hat in seinem Aufrufe an Tirol (1809) demselben die Wiederherstellung seiner Verfassung zugesagt, und dieses Wort versetzte seine Wirkung nicht.

August 1814 hatte der Landeschef von Tirol Kofschmann, unseligen Andenkens, in einer 126 Bogen starken Denkschrift dem Kaiser vorgestellt, daß in Tirol die Verfassung nicht wieder hergestellt werde. Dies hatte zur Folge, daß eine Versammlung von 400 Gemeindevorstehern eine Deputation wählte, welche vor dem allerhöchsten Throne um die Wiederherstellung der Verfassung bat und darauf verwies, daß das Land dem Aufrufe des Erzherzogs Johann Folge leistete. Darauf folgte ein Erlaß, in welchem den Tirolern zugesichert wurde, daß ihre Verfassung wieder hergestellt werden soll, jedoch mit jenen Verbesserungen, welche zeitgemäß sind. Daß dies Verbesserungen waren, brauche er nicht erst zu sagen. Hätten wir 200.000 Bajonette wie die Ungarn, so hätte man uns vielleicht auch gesagt, wir seien im Rechte, und hätte unsere Verfassung wieder hergestellt, aber was sollten wir thun, da wir diese Bajonette nicht hatten?

Auf die Bemerkung des Dr. Berger über das Concordat übergehend, sagt Redner, man schaffe das Recht ab, einem schwachen Greise gegenüber und halte es, wenn 200.000 Bajonette gegenüberstehen, aufrecht. Wird so vorgegangen, so gratulire er dem Reich zu seinem künftigen Justizminister (Zischen), dann sei es zu Ende mit dem Sage: „Iustitia regnorum fundamentum.“ Dixi.

Dr. Herbst wendet sich zuerst gegen Greuter. Das Concordat sei ein ungiltiger Staatsvertrag, dies sei der Unterschied, mit näheren Ausführungen stehe er zur Verfügung, wenn das Concordat auf der Tagesordnung stehen werde. Sich gegen die centralistischen Redner von gestern wendend, bemerkt Redner, es sei eine humoristische Episode in der Rede des Abgeordneten Skene gewesen, wenn er in dem Delegationsgesetze die Herrschaft der Ungarn verbunden mit dem Absolutismus sehe und an einer andern Stelle sage, er beantrage die Verlegung, um dem Projecte zur Annahme zu verhelfen. Sich zu dem Meritorischen der Frage wendend, bedauert Redner, daß die Bestimmungen des Delegationsgesetzes so wenig gekannt seien, selbst in Kreisen, wo man es nicht vermuthen sollte. Die Folge davon sei, daß falsche Ansichten sich breit machen. So sei vor kurzem in einer Staatschrift ausgesprochen worden, daß das Heeresergänzungsgesetz zur Kompetenz der Delegationen gehöre und daß, wenn über die bürgerlichen Rechte des Militärs eine Gleichmäßigkeit zwischen den beiden Hälften nicht erzielt werden könne, es am besten wäre, diese Frage den Delegationen zuzuweisen.

Mit solchen Anschauungen tragen sich selbst ernste Politiker. Man forderte zuerst die Feststellung der Quoten, bevor man die gemeinsamen Angelegenheiten feststellt. Das sei geradezu unmöglich, denn so lange man den Umfang dieser Angelegenheiten nicht kennt, sei es auch unmöglich, über die Beitragsquote zu beschließen. Man warf dem ungarischen Landtag vor, daß er sich

noch nicht mit den Ausgleichsverhandlungen beschäftigte, dies sei der Natur der Sache nach so lange nicht möglich, als hier nicht der im 67er Elaborat festgestellte Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten angenommen sei.

Alle für die Vertagung angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Redner zeigt dies und bemerkt, er glaube, daß es auch mit dem Vertagungsantrag nicht so Ernst war, sondern daß damit die Verwerfung beabsichtigt werde. Dies bewege ihn, die Gründe anzuführen, weshalb das Delegationsgesetz anzunehmen sei. — Er werde sich hüten, das Delegationsgesetz als etwas vorzügliches hinzustellen, aber es sei das den gegebenen Verhältnissen entsprechendste, denn es sei nicht möglich, einen Staat nach der Schablone zu bilden. Man dürfe wohl an die Delegationen keine zu großen parlamentarischen Erwartungen knüpfen, dies gehe schon aus der Rede hervor, mit welcher der Vater der Delegationen (Deak) sein Project den Gegnern desselben im ungarischen Reichstag plausibel machte. Redner verliest einzelne Stellen dieser Rede und sagt weiter, wenn er auch überzeugt sei, daß nur im geringsten Maße der Parlamentarismus davon profitiren werde, so müsse er doch andererseits dem Pessimismus entgegenreten, welcher in den Delegationen die absolute Spitze sieht.

Das Wort „Zwangslage“ hätte man vermeiden sollen, da es auf die Situation nicht passe. Er vermeide Recriminationen; er wolle nicht untersuchen, wer die Schuld an der Situation trage. Es habe keinen praktischen Zweck, eben so wenig als ein Feldherr, welcher durch frühere Fehler in Bedrängniß kommt, gut thäte, bevor er handelt, zu untersuchen, wer den Fehler verschuldet. Es sei unrecht, wenn ein Redner aus Mähren sagte, die Abgeordneten hätten den Fehler begangen, welche das Portefeuille nicht annahmen, das man ihnen bot. Hätten sie es angenommen, so hätten sie die Situation so nehmen müssen, wie sie sie vorfanden, und es wäre ganz gleich geblieben, ob sie oder wer anderer die Geschäfte leitete.

Uebrigens sei wohl der Zeitpunkt nicht ferne, wo an diese Abgeordneten die Forderung herantritt, die Zügel der Regierung zu ergreifen, und er habe die Ueberzeugung, daß, wenn dies geschehen sein wird, es dem Abgeordneten aus Mähren auch nicht recht sein wird. (Große Heiterkeit.)

Wenn das Delegationsgesetz abgelehnt wird, so bleibt nichts übrig als neue Verhandlungen mit Ungarn anzuknüpfen. Er sei Mitglied der Deputation gewesen, habe die ungarische Frage in allen Phasen studirt und könne die Versicherung geben, daß es für den Moment ihm ganz unmöglich scheine, bessere Ausgleichsbedingungen von Ungarn zu erhalten; den in dieser Frage falle das Recht und das Interesse Ungarns zusammen.

Aber selbst angenommen, daß es möglich wäre, durch fortgesetzte Verhandlung noch einige hunderttausend Gulden mehr zu bekommen, um welchen Preis wäre dies möglich gewesen? Wird der Vertagungsantrag angenommen, dann könne man sicher sein, von Ungarn so lange keinen Kreuzer zu erhalten, als der Ausgleich nicht vollendet ist, und dann müßten die Finanzen gleich der absolutistischen Verhandlung zugewiesen werden. Eine nachtheilige Folge hätte diese Vertagung auch auf unsere Verfassung.

Wir wissen, daß unser erhabener Monarch unser Verfassungsrecht zu achten entschlossen ist und dasselbe abschließen will. Dies werde unmöglich, wenn der Vertagungsantrag angenommen wird, und wäre es nicht möglich, wenn dieser Abschluß zurückgewiesen wird, daß ein Verfassungsrecht außer Kraft gesetzt wird, das nicht vollendet werden will?

Nicht als Anhängel eines Mannes, wie ein Redner gestern jagte, sondern als Patrioten werden wir für den Ausgleich stimmen (Bravo!), uns aber zugleich zur Wahrung unserer Rechte dem Antrage des Dr. Rechbauer anschließen. Der Ausgleich würde aber den Zweck verscheitern, wenn nicht die politische Freiheit entwickelt würde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ljubisa ergreift das Wort zur factischen Berichtigung in serbischer Sprache und überreicht die Uebersetzung dem Präsidium.

(Vizepräsident v. Hopfen übernimmt den Vorsth.)

Vizepräsident: Er müsse bemerken, daß in dieser Uebersetzung der Satz vorkommt, das Volk Dalmatiens erinnere sich mit Abscheu an die Zeit, als Herr Capenna dort die Regierung führte. Er wisse sich nun nicht zu erinnern, daß Herr Capenna je dort regiert hätte, und könne auch nicht zugeben, daß ein solcher Ausdruck einem Mitgliede des Hauses gegenüber gebraucht werde.

Abg. Capenna: Ich bin gewohnt, von der Partei, welche Herr Ljubisa vertritt, solches zu hören, und antworte ihm nur mit dem Sprichwort (serbisch): Jeder gibt, was er hat.

Nach dieser Episode ergreift Se. Excellenz der Reichskanzler Freiherr v. Beust das Wort. Die Mitglieder des Hauses verlassen die Sitze und stellen sich im Halbkreise um die Ministerbank.

(Schluß folgt.)

Locales.

Die Concordats-Adressen.

Der Adressensturm in der Concordatsfrage dauert noch immer fort, ja er nimmt noch immer größere Dimensionen an, und der Fascikel dieser Schriftstücke in den Archiven des Parlamentes zu Wien mag zuletzt ein ziemlich umfangreicher werden.

Es ist eine bedeutende Erscheinung, daß ein so großer Theil der Bevölkerung in einer wichtigen, das Staatsleben und das Personenrecht betreffenden Angelegenheit sich selbst äußern, nicht bloß Zeuge dessen sein will, was geschieht, nicht bloß seinen erwählten Abgeordneten im gesetzgebenden Körper es überläßt, auf dem oratorischen Felde kämpfend einzutreten für diese und jene Meinung, für die Erhaltung eines Bestehenden, oder für eine neue Schöpfung im Gebiete öffentlichen Rechtes.

Es ist diese Erscheinung ohne Zweifel eine erfreuliche, insofern sie von reger Theilnahme am Verfassungsleben zeugt; und dieses bedarf eines solchen, um nicht ein halbes und sieches Dasein zu werden. Je ungebundener und vielseitiger die Art der Meinungsäußerung im freien Staate ist, desto mehr gewinnt sie an Sicherheit, und desto mehr entwickelt sie, namentlich in ernstlichen schwer wiegenden Fragen, an wahren inneren Gehalt und Werth.

In diesem Sinne hat, wie wir vernehmen, auch der Herr k. k. Landespräsident die Behörden im Lande, bezüglich ihrer Haltung gegenüber den Adressen, von Anfang an instruiert und ihr amtliches Einschreiten nur auf den Fall beschränkt, wenn als Mittel zur Erlangung von Adressunterschriften oder in den Äußerungen über die Frage selbst der Weg der Aufregung oder Irreleitung der Bevölkerung betreten oder sonst eine strafbare Handlung begangen werden sollte.

In einer Tagesfrage, die die Gemüther in so lebhaftiger Erregung versetzt, ist es leicht erklärbar, daß Manche, wie wir auch aus andern Theilen der Monarchie erfahren, sich derselben bemächtigen wollten, deren Kraft ihrer Schwere nicht gewachsen war; der gewaltige Gegenstand, den sie erfaßt, ließ sie das Gleichgewicht verlieren und von dem Boden der Gesetzlichkeit abgleiten.

— (Den Abschluß des von uns erwähnten Pressprocesses des Herrn Dr. C. H. Costa gegen das Grazer „Tagesblatt“) bildet nachstehende, uns vom Herrn Dr. C. H. Costa übermittelte Erklärung: „Herr Dr. C. H. Costa in Laibach hat die Pressklage gegen unser Blatt, die morgen hätte zur Verhandlung kommen sollen, zurückgezogen, nachdem wir ihm folgende Erklärung abgeben: Nr. 76 des „Tagesblattes“ vom 17ten August enthält einen Artikel „Aus Krain“, in welchem folgende Stelle vorkommt: „Unter den Augen des Bürgermeisters, ja noch mehr, von ihm gutgeheißen und sanctionirt, stimmt man überall die russische Volkshymne an, toastet

auf den Untergang Oesterreichs, beschimpft mit Worten und Handlungen jene, die nicht mit rasen wollen, und hat für sie den Schlachtruf ausgegeben: „Nieder mit den deutschen Hundem.“ Das ist doch ein Bürgermeister, wie er sein soll?“ Wir erklären, daß alle vorstehenden Angaben sich nach genannten von uns eingezogenen Erläuterungen in ihren Beziehungen auf die Person des Bürgermeisters Dr. C. H. Costa als unwahr herausgestellt haben, und bedauern, durch unfernen Laibacher Correspondenten zur Aufnahme dieses entstellten Berichtes veranlaßt worden zu sein. Graz, am 13ten November 1867. Die Redaction des „Tagesblattes.“

— (Kirchenraub.) Vorgestern gegen 2 Uhr Nachmittags ertappte der Pfarrer der Franziskanerkirche einen Gauner in dem Momente, als er eben in der Kirche den Opferstock erblicken wollte. Derselbe ergriff die Flucht und wurde von dem Pfarrer mit dem Rufe: „Haltet ihn an!“ verfolgt. Der Gauner wollte sich der Anhaltung dadurch entziehen, daß er ebenfalls in den Ruf des Verfolgers einstimimte, um so die Leute zu täuschen, wurde jedoch in der Elephantengasse festgenommen.

— (Theater.) Gestern wurde uns Verdi's „Troubadour“ vorgeführt. Die Besetzung war insofern eine etwas sonderbare, als Frä. Moriska, unsere Primadonna, die Partie der Zigeunerin sang; doch löste sie auch diese Aufgabe recht glücklich. Hr. Ander (Manrico), Fr. Stalla-Borzaga (Leonore) und die Herren Krolupp und Podhorsky trugen das Mögliche bei, um die Aufführung dieser Oper zu einer guten zu gestalten. Das ziemlich zahlreich anwesende Publicum verhielt sich diesmal sehr passiv, was wohl auch theilweise dem Umstande zuzuschreiben sein mag, daß wir in der heurigen Saison des Genusses italienischer Opern schon recht müde sind.

— Es dürfte unsere Leser interessiren, etwas über die Schicksale unserer vorjährigen Darstellerin der „Azucena“ im Baierlande etwas zu erfahren. Man schreibt uns aus Würzburg, Samstag den 9. v. M., daß Donnerstag 7. d. dort der „Troubadour“ gegeben wurde, „welcher Frä. Pächler als Zigeunerin Gelegenheit bot, ihre prächtigen Stimme in ihrem ganzen Umfange, sowie ihre treffliche Schule zu zeigen: Ihr Anschlag ist vorzüglich, die Stimme martig, sympathisch und hat eine Höhe, die Fräulein Pächler fast erlaubten würde, als Primadonna statt als Altistin aufzutreten. Jede einzelne Nummer, sowohl ihre Arien als ihre Duette mit Herrn Schleich, wurden lebhaft beiläufig und Frä. Pächler gerufen.“

Eingefendet.

An den Herrn Opfern-Rezensenten der „Laibacher Zeitung.“

Jedermann wird der Kritik gerne das Recht zugestehen, nicht nur ihre Meinung unumwunden auszusprechen, sondern auch dem Urtheile des Publicums unter Umständen eine gewisse Richtung zu geben; wenn jedoch in der letzten Zeit wiederholt die Leistungen eines Sängers als vortrefflich hervorgehoben wurden, die selbst bei der hierorts üblichen Schonung am besten mit Stillschweigen übergangen würden, so kann man billiger Weise fragen, welchen absonderlichen Zweck der Kritiker bei seinen ungerechtfertigten Lobeserhebungen wohl verfolgen mag.

Es heißt doch den richtigen Sachverhalt etwas stark verdrehen, wenn der demonstrative Beifall einiger Weniger, die zu derartigen Gunstbezeugungen ihre besonderen Gründe haben mögen, wiederholt als Anerkennung des gesammten Publicums hingestellt wird.

Gegen eine derartige Auffassung möchten wir uns im Interesse des guten Geschmacks recht eindringlich verwahren. Viele tägliche Theaterbesucher.

Neueste Post.

Die Wiener Blätter bringen die Rede des Reichskanzlers Freiherrn v. Beust in der Debatte über das Delegationsgesetz. Wir werden die Rede vollständig bringen und heben für heute nur hervor, daß dieselbe als von höchster Bedeutung aufgenommen und von den bedeutendsten Organen der Presse das vollste Vertrauen in die Politik des Reichskanzlers ausgesprochen wird. Er deutete an, daß ein parlamentarisches Ministerium bald an die Ausführung der liberalen Absichten der Regierung Hand anlegen werde, daß das Delega-

tionsgesetz mit den übrigen Verfassungsgesetzen als ein Ganzes der Sanction des Monarchen unterbreitet werden wird. Er legte die Nothwendigkeit des Ausgleichs mit Ungarn dar, und wies die Angriffe der Centralisten glänzend zurück. Die Regierung wünsche lebhaft, daß man vorwärts komme. Man möge ihr ein rasches Vorgehen erleichtern und dem Triumpfwagen, den der Monarch als constitutioneller Herrscher in Frankreich gehalten, durch Vertheidigung des Verfassungswerkes die Weihe geben. Lebhafter Beifall begleitete diese Worte.

München, 14. November. (Br. Tagbl.) In den nächsten Tagen soll, auf Anregung des Grafen Bischoff, zwischen diesem und den süddeutschen Ministern Fürst Hohenlohe und Freiherrn v. Arnim eine Zusammenkunft stattfinden. Die beiden letztgenannten Minister haben unter sich ein Projekt vereinbart, auf Grund dessen eine über die Zollverträge hinausgehende Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde noch vor dem Zusammentritt des Zollparlamentes ins Werk gesetzt werden soll.

Verstorbene.

Den 7. November. Luigi Ferruglio, Ziegelfarbeiter, alt 34 Jahre, im Civilspital, an der Lungenlähmung.

Den 8. November. Frau Johanna Schweizer, Tischlerwitwe, alt 41 Jahre, in der Grabischa Vorstadt Nr. 36, an der Lungenlähmung.

Den 9. November. Ursula Sunder, Inwohnerin, alt 56 Jahre, im Civilspital, an der allg. Wasserfucht. — Francisca Köß, Inwohnerin, alt 23 Jahre, im Civilspital, an der Lungenlähmung. — Dem Herrn Johann Bresnauer, Hausbesitzer, sein Kind Francisca, alt 5 1/2 Jahre, in der Tirnan-Vorstadt Nr. 72, an der Lungenlähmung.

Den 10. November. Dem Herrn Mathias Knapf, Wirth, sein Kind Johann, alt 2 Jahre, in der Karlsbader-Vorstadt Nr. 20, an der Lungenentzündung. — M. N., Bettlerin, alt circa 60 Jahre, im Civilspital sterbend überbracht.

Den 11. November. Dem Georg Gostik, Magistrats-Arbeiter, sein erstgebornes Zwillingkind Maria, alt 16 Tage, in der Stadt Nr. 30, an Schwäche in Folge der Frühgeburt. — Maria Samatorcan, Inwohnerin, alt 64 Jahre, im Civilspital sterbend überbracht. — Josef Wolf, Militär-Abschiedler, alt 38 J., im Civilspital, an der Lungenlähmung. — Dem Barthelmä Rößl, Abföswächter, sein erstgebornes Zwillingkind Martin, alt 21 St., in der Grabischavorstadt Nr. 68, an Schwäche in Folge der Frühgeburt.

Den 12. November. Dem Bartholomä Rößl, Abföswächter, sein zweitgebornes Zwillingkind Johann, alt 44 Stunden, in der Grabischa-Vorstadt Nr. 68, an Schwäche in Folge der Frühgeburt.

Den 14. November. Der wohlgeborene Herr Anton Bacher Edler von Linienreit, pens. k. k. Baudirectionsbeamter, alt 63 Jahre, in der Stadt Nr. 125, am Lungenblutsturz. — Dem Herrn Karl Freisch, k. k. Postconducteur, seine Frau Maria, alt 42 Jahre, in der Stadt Nr. 227; und Bartholomäus Schürzel, Arbeiter in der Josephsthaler Papierfabrik, alt 30 Jahre, im Civilspital, beide an der Lungenlähmung.

Angewandte Fremde.

Am 14. November. Stadt Wien. Die Herren: Dub, Kaufm., von Wien. — Cosolo, Privatier, von Triest. — Cosolo, Grundbes., von Monsalconc. — Feld, Maschinist, aus Steiermark. — Lechner, von Gili. — Hirschmann, Kaufm., von Großflaniska.

Elephant. Die Herren: Peterlin, k. k. Stenernehmer, von Adelsberg. — Maramba, Gymnasist, und Hauffen, von Triest. — Italiener, Kaufm., von Hamburg. — Blau, Großhändler, von Kaufsca. — Frau Herbst, Amstbienenregatin, von Graz. — Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Ströböl und Pongráb, von Graz. — Moser, von Gmünd. — Stratimirovic, Landstafelbeamter, von Agram.

Möhren. Die Herren: Schramel, Gastwirth, von Römervad. — Eberl, Oberarzt, von Graz.

Theater.

Heute Samstag: Zum Vortheile des Komikers Herrn A. Müller. Der Diamant des Geisterkönigs. Märchen in 3 Acten von Raimund.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: November, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Linien, in Gradus Wien.

Sciroccoströmung anhaltend. Mildes, feuchtwarmes Wetter. Vormittag einige Regentropfen. Verantwortlicher Redacteur: J. J. v. Kleinmayer

Börsenbericht. Wien, 14. November. Die Börse vertief in matter Haltung, die Curse der Papiere schwächten sich um wenige Bruchtheile ab und jene der Devisen zogen um eben so viel an, indeß Münzsorten und Silber fast unverändert schlossen. Geld abundant. Geschäft unbedeutend.

Table with columns: Öffentliche Schuld, Actien (pr. Stück), Pfandbriefe (für 100 fl.), Rufe (pr. Stück), Cours der Geldsorten. Includes sub-tables for A. des Staates, Salzburger, Böhmen, Ungarn, etc.